

**Niederschrift
über die 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses**

Sitzung am :	Donnerstag, den 14.01.2021
Sitzungsort:	Festhalle, Großer Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:10 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Andre Bindl	
Herr Mario Dieke	
Herr Lars Gruber	
Herr Tobias Kämpf	fehlt teilweise
Frau Juliane Pfeil	
Frau Uta Seidel	
Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel	
Frau Diana Zierold	

Beratendes Mitglied

Herr Sebastian Loik	fehlt teilweise
Herr Kevin Meinel	
Frau Dipl. Ing. Beatrice Parthon	
Frau Jana Richter-Wehnert	
Herr Marko Turger	

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Steve Lochmann	fehlt unentschuldigt
---------------------	----------------------

Beratendes Mitglied

Herr Jörg Simmat	fehlt entschuldigt
Frau Christa Süß	fehlt unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lutz Schäfer	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu allen TOP
Frau Simone Schurig	Schul- und Sportreferentin	Zu allen TOP
Frau Heidi Seeling	Behinderten- und Ausländerbeauftragte	Zu allen TOP
Frau Christina Swierzy	Rechnungsprüfungsamt	Zu allen TOP
Herr Jörg Brückner	Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu TOP 4
Frau Vicky Streit	Auszubildende der Stadt Plauen	Zu TOP 3
Frau Nadine Schwui	Auszubildende der Stadt Plauen	Zu TOP 3
Herr Florian Hartig	Auszubildender der Stadt Plauen	Zu TOP 3

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Undine Schneider, SL Grundschule Karl-Marx	Zu TOP 3
Frau Janet Peip, Hortleitung Hort der GS Karl-Marx	Zu TOP 3
Frau Sabine Schott, Freie Presse	öffentl. Teil
Herr Mario Wild, Vogtlandanzeiger	Öffentl. Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 29.10.2020
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 26.11.2020
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Bürgermeisters
2. Diskussion zum HH-Planentwurf 2021/2022

3. Präsentation neuer Grundschulsprengel und Diskussion
4. Bericht zur Wohnungslosenarbeit
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, eröffnet und geleitet.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, begrüßt Frau Schneider, Schulleiterin der Grundschule „Karl Marx“, und Frau Peip, Leiterin Hort der Grundschule „Karl Marx“. Weiter begrüßt er Frau Schott von der Freien Presse und Herrn Wild vom Vogtland Anzeiger.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, und Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Zur Tagesordnung erfolgt keine Diskussion.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 29.10.2020

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 29.10.2020 wurde bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 26.11.2020

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 26.11.2020 wurde bestätigt.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Beantwortungen von Anfragen offen.

1.5. Informationen des Bürgermeisters

Informationen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

2. Diskussion zum HH-Planentwurf 2021/2022

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, es ist kein Vertreter der Finanzverwaltung anwesend und übergibt das Wort an Herrn Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, hat ein Thema herausgegriffen, was auch in der nächsten Zeit für Diskussionen sorgen wird, nicht nur in den Ausschüssen und im Stadtrat, sondern durchaus auch im Kreistag im Jugendhilfeausschuss. Es ist das Thema Jugendförderung ab 2021, Förderung der Kinder- und Jugendarbeit nach einer neuen noch zu beschließenden Richtlinie des Vogtlandkreises. Für 2021 wurden Zuschüsse für die Träger der Jugend- und Jugendverbandsarbeit und Familienarbeit aufgenommen. Dies entspricht 15% der Gesamtkosten und entspricht einem Mehraufwand von ca. 150.000,00 EUR für die Stadt Plauen. 80% würden vom Vogtlandkreis übernommen, 15 % von den Kommunen, die Differenz von 5% würde das Jugendamt auf Antrag übernehmen, wenn der Träger nachweisen kann, dass er nicht leistungsfähig ist. Die Stadt Plauen hat den Vogtlandkreis bereits auf die Defizite der Träger hingewiesen.

Hinweisen möchte er auf eine Position im Haushalt, welche es zukünftig so nicht mehr geben wird.

Es ist die Position Streetworker nach der Richtlinie integrative Maßnahmen. Diese wird von der SAB - Sächsischen Aufbaubank nicht mehr gefördert.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, interessiert es, warum trotz geäußerter Versprechungen vor etwa drei Ausschusssitzungen, dass die Gebühren für die Kindertageseinrichtungen und Hort stabil bleiben, man jetzt auf eine Gebührensteigerung von 11,00 EUR in 2022 blicken muss.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, diese Äußerung spiegelt nur die halbe Wahrheit wieder. Es gibt finanzielle Unter- und Obergrenzen der Elternbeteiligungen und genau das wurde per Stadtratsbeschluss beschlossen.

Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, führt weiter aus, es ist richtig, dass im Bereich Kita-Gebühren mit einer Erhöhung der Elternbeiträge gerechnet werden musste. Der Beschluss lautete, die Gebühren bleiben bis 2024 stabil, wenn sie in der jetzigen Höhe beibehalten oder die Untergrenze nicht unterschritten wird. Wenn die Untergrenze jedoch unterschritten wird, wie im Bereich Krippe, muss nachgebessert werden und die Elternbeiträge sukzessive angepasst werden. Das ist die Beschlusslage. Im Bereich Kindergarten und im Bereich Hort gibt es noch Spielräume bis zum Mindestbeitrag, sodass hier erstmal keine Erhöhungen geplant sind.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., drückt ihre Verärgerung über die Reaktion des Herrn Ralf Oberdorfer, Oberbürgermeister, aus, sich gegen einen Beschluss zu stellen, welches Pflichtaufgabe des Vogtlandkreises ist. Dies ist Ihrer Meinung nach in der zuletzt durchgeführten Sitzung des Kreistages des Vogtlandkreises geschehen. Ihrer Meinung nach, hätte sich der Oberbürgermeister der Stadt Plauen gegen eine anteilige Übernahme durch die Stadt Plauen von finanziellen Leistungen bei der Kinder- und Jugendarbeit stellen müssen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bittet darum, in einem der nächsten Bildungs- und Sozialausschüsse das Projekt „Tunnel-Kultur“ auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktion DIE LINKE. hätte gern eine Auswertung für das Jahr 2020, um zu prüfen, ob man solch ein Projekt in irgendeiner Art und Weise noch einmal finanzieren könnte.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. spricht die Menü-Gutscheine an. Sie hätte gern für das Jahr 2020 eine Auswertung der Inanspruchnahme. Waren die im Haushalt eingestellten Beträge ausreichend oder bleiben Gelder übrig. Die Fraktion DIE LINKE. schlägt vor, die Gelder eventuell auch anders für die Familien einzusetzen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. möchte wissen, ob auf Grund der momentanen Corona-Situation Schwierigkeiten in der Arbeit der Familienhebamme gab. Ihr ist aufgefallen, dass im Haushalt 2020 ein hoher Betrag in Höhe von 129.990,00 EUR eingestellt war und für 2021 die freiwillige Leistung der Stadt Plauen auf 152.024,00 EUR erhöht wurde. Dies kann Frau Seidel nicht nachvollziehen, das Landratsamt sollte die Stadt Plauen unter dieser Position auch mit bedienen.

Zum „Runden Tisch“ führt Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., aus, dass das Geld im Haushalt verbleiben sollte, lediglich über eine Umbenennung sollte man nachdenken, wie z. B. „Projektarbeit“.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ergänzt, dass sich der „Runde Tisch“ nicht aufgelöst hat, sondern lediglich eine andere Trägerschaft hat, Inhalte und Personen bleiben bestehen. Somit können auch die 8.000,00 EUR weiter zur Verfügung gestellt und genutzt werden.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, warum die 35.000,00 EUR unter dem Punkt Schulverein auf „Null“ gesetzt wurden und beim „Boxenstopp“ wieder aufgetaucht sind.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, dass diese 35.000,00 EUR als Einmalzahlung aus der Erbschaft Rabe genommen wurde und die Position, welche jetzt in 2021 unter dem Kinder- und Jugendzentrum Boxenstop steht, die 15% der Gesamtausgaben dieser Einrichtung sind.

Weiter möchte Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. eine Erklärung zu den 23.704,00 EUR unter Kinder- und Jugendarbeit. Ist dies die Summe, welche nicht anerkannt wurde.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, erklärt, dass es schwierig war, über eine angemessene Ausgestaltung der Finanzierung der Kinder- und Jugendeinrichtung in der Stadt Plauen mit dem Vogtlandkreis zu verhandeln. Der Vogtlandkreis hat im Vergleich der Kreise des Freistaates Sachsen sehr hohe Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit zu leisten. Für die Stadt Plauen sind die Ausgaben in diesem Bereich proportional betrachtet im Vogtlandkreis am Höchsten.

Die Stadtverwaltung Plauen hat ein klares Signal vom Vogtlandkreis erhalten. Es wurde für die Finanzierung aller Kinder- und Jugendeinrichtungen im Vogtlandkreis ein fester Betrag „X“ eingestellt, dieser wird nun nicht mehr erhöht oder verändert. Beteiligen sich also Kommunen nicht, wird dies unweigerlich zu Schließungen und Planungsunsicherheiten von Einrichtungen führen, Plauen wäre in diesem Fall logischerweise mehr betroffen, als andere vogtländische Kommunen.

Und genau dieses Szenario hat die Stadtverwaltung durch harte Verhandlungen verhindern können.

Gerade die deshalb kritikübende Fraktion DIE LINKE. ist es regelmäßig, die bei auftretenden Problemen bei der Finanzierung der Kinder- und Jugendeinrichtungen von der Stadt Plauen fordert, diese Einrichtungen zu „retten“ und zu erhalten.

Deshalb empfindet Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, diese Kritik als nicht gerechtfertigt.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt zu den aufgeführten, doch sehr stark steigenden Zahlen der Kinder, die außerhalb Plauens betreut werden. Wie kommt dies zustande?

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt hierzu, dass die Eltern ein Wahlrecht haben, wo sie ihre Kinder betreuen lassen können. Viele Eltern pendeln, daher kann es sein, dass die Kinder nicht in Plauen angemeldet sind. Mit der neuen Einrichtung an der Elsteraue, möchte die Stadt Plauen den Eltern eine weitere Möglichkeit zur Betreuung anbieten. Erstmals können dann alle theoretischen Bedarfe in Bezug auf Kinderbetreuungsplätze in der Stadt Plauen gedeckt werden.

Herr Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, spricht seinen großen Respekt und Dank an die Verwaltung aus, sich so für die Jugendeinrichtungen einzusetzen, auch wenn es bitter ist, dass die Stadt Plauen einen Beitrag in Höhe von 15% leisten muss.

Des Weiteren nimmt er Bezug auf die vorgetragene Kritik von Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. Er sagt, dieser Antrag, der im Kreistag gestellt wurde, war ein absolutes Harakiri. Wir als Stadt Plauen müssen einen gewissen Anteil erbringen, um die Plauener Einrichtungen zu erhalten. Das ist eine große Leistung und er denkt, man sollte das auch entsprechend würdigen und natürlich auch versuchen, diesen Vereinen weiterhin unter die Arme zu greifen. Er ruft auf, für diese Vereine Privat zu spenden, auch wenn dies nur ein kleiner Tropfen ist.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, es ist auch für ihn eine ganz wichtige Planungsentscheidung. Plauen ist eine soziale Stadt und an den Kinder- und Jugendeinrichtungen in den einzelnen Stadtteilen hängt ja noch viel mehr dran, so zum Beispiel die projekt- und stadtteilbezogene Kinder- und Jugendbeteiligung. Deshalb hat sich die Stadt Plauen dafür entschieden, die Einrichtungen mit 15% zu unterstützen. Das sind 5% weniger als ursprünglich vom Vogtlandkreis gefordert. Die Stadt Plauen setzt damit ein klares Signal.

3. Präsentation neuer Grundschulsprengel und Diskussion

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, begrüßt zu einem spannenden Thema, die Präsentation der neuen Grundschulsprengel. Er übergibt das Wort an die Auszubildenden der Stadt Plauen, Frau Nadine Schwui, Frau Vicky Streit und Herrn Florian Hartig. Sie haben sich in einer Projektarbeit gemeinsam die Gegebenheiten zum Grundschulsprengel erarbeitet.

Die Präsentation und die Fotos der Flipchart-Präsentation liegen der Niederschrift bei.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich bei den drei Auszubildenden für die ausführliche Präsentation. Es ist ein ganz normaler Prozess, regelmäßig am Grundschulsprengel zu arbeiten. Gemeinsam mit den elf Grundschulleiterinnen und Herrn Schmidt vom La-SuB, Landesamt für Schule und Bildung, wurde darüber diskutiert, wie der Grundschulsprengel in Plauen verändert werden könnte.

Frau Schneider, Schulleiterin der Grundschule „Karl Marx“ und Frau Peip, Leiterin des Hortes der Grundschule Karl-Marx, machen auf die aktuelle Situation in der Schule aufmerksam.

Mehr als eine 4-Zügigkeit ist nicht möglich und auch nicht gewünscht.

Eine enorme Erleichterung für die Grundschule „Karl Marx“ wäre es, wenn der Speiseraum ausgebaut werden könnte bzw. vorerst ein Fenster zu einer Türe umfunktioniert wird, um das Essen im Freien einzunehmen. Möbel wurden hierfür bereits angeschafft, teilweise konnte dies im Sommer auch schon praktiziert werden. Sie bitten die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses dieses Vorhaben zu unterstützen.

Zum Grundschulsprengel führen Sie aus, dass die Möglichkeit von vier festen Schulbezirken in Erwägung gezogen werden kann. Der erste Schulbezirk beinhaltet die Grundschule Jößnitz, die Grundschule „Friedrich Rückert“ und die Grundschule „Karl Marx“. Der zweite Schulbezirk könnte die Erich-Ohser-Grundschule Plauen, die Grundschule Kuntzehohe und die Grundschule Neundorf beinhalten. Grundschule am Wartberg und die Grundschule Reusa wäre Schulbezirk drei und die Grundschule Oberlosa, die Grundschule Johann Friedrich Herbart und die Astrid-Lindgren-Grundschule dann der Schulbezirk vier. Die Schulanmeldung sollte so beibehalten werden und nicht zentral erfolgen.

Abschließend sagt Frau Schneider, sie hofft für alle Kinder, dass am 8. Februar die Schulen wieder starten können.

Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich für den fundierten Vortrag. Er sagt, es ist klar, dass man mittelfristig hier Veränderungen herbeiführen muss, um Entlastung zu schaffen, um mehr Raumkapazitäten zur Verfügung zu stellen. Es gibt eine kleine Idee, die greifen könnte. Es gibt Gespräche mit Pfarrer Vödisch. Die Kirche überlegt, ob die Pauluskirche im Kirchenschiff umgebaut werden sollte. Das könnte für die Kinder sehr spannend sein, wenn das Kirchenschiff intern verändert wird, so dass einzelne Räume entstehen. Dann könnte dort zumindest Raum in Anspruch genommen werden, eine Entlastung wäre für wenig Geld möglich.

Er bittet die Fraktionen zu überlegen, welche Anträge zur Kapazitätserweiterung geeignet wären und im Rahmen der anstehenden Haushaltsbefassung gestellt werden könnten.

Ein schneller Dachausbau ist nach Prüfung durch die GAV leider nicht möglich, dieser ist von den Nöten der 60er Jahre gekennzeichnet und müsste komplett abgetragen und neu aufgebaut werden.

Eine Containerlösung ist ebenfalls nicht so einfach, wie vorgestellt, dieser muss in sich eine komplette Einheit darstellen und kostet ca. 230.000,00 EUR. Man bräuchte mindestens 2 oder 3 Container zur Vernetzung, da könnte man auch neu bauen. Die Stadt Plauen prüft sehr genau, welche Variante effizient und kostengünstig ist.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich nochmals bei Frau Schneider, Schulleiterin Grundschule „Karl Marx“, welche hier federführend agiert, wenn es um die Schulsprengel geht und bei allen anderen Hort- und Schulleiterinnen.

Wie geht die Stadtverwaltung Plauen mit den Vorschlägen der Plauener Grundschulleiterinnen und des LASUB um, fragt Herr Zenner und bittet Frau Simone Schurig, Schul- und Sportreferentin, um weitere Ausführung.

Frau Simone Schurig, Schul- und Sportreferentin, fasst zusammen, nach dem Vorschlag der Schulleiter der Grundschulen der Stadt Plauen würden aus 7 Einzel-Schulbezirken und 3 gemeinsamen Schulbezirke dann insgesamt vier gemeinsame Schulbezirke. Die dann einen großen Spielraum verschaffen würden, um alle Schulstandorte abzusichern. Man versucht quantitativ und qualitativ alles auszuschöpfen.

Wie bereits vorgestellt, wird es eine deutliche Verschiebung von der Grundschule „Karl Marx“ (von ca. 110 Einschüler auf 84) zur Erich-Ohser-Grundschule (von 52 Einschüler auf 64) und zur Grundschule Kuntzehohe (von 58 Einschüler auf 70) geschaffen.

Was noch in Arbeit ist, ist die Überprüfung der Straßenzüge im sog. Künstlerviertel in Preißeppühl. Hier wird geprüft, welche Straßen der Grundschule Friedrich Rückert zugeordnet werden können, um die Grundschule Jöbnitz zu entlasten. Geprüft werden die verkehrstechnische Anbindung und die Sicherheit des Schulweges.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, es ist ganz wichtig, dass alle 11 Grundschulen mit perspektivisch 24 Einschulungsklassen gut überleben können und eine gemeinsame Zukunft haben.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass ihre Fraktion die Anträge zur möglichen Kapazitätserweiterung nochmals anpassen und konkretisieren und auf die Wünsche der Schulleitungen anpassen werden.

Ziel ist es, alle 11 Grundschulen der Stadt Plauen zu erhalten, auch die kleinen im ländlichen Gebiet wie Oberlosa. Sie fragt bezüglich der 12 Schülerinnen und Schüler in Oberlosa. Heißt das perspektivisch für die Stadt Plauen einen Mitwirkungsentzug, wenn es keine 15 Einschüler gibt.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, Oberlosa ist ein Thema, dass die Stadt Plauen schon lange beschäftigt. Mit einer zentralen Anmeldung der drei Grundschulen (Oberlosa, Johann Friedrich Herbart, Astrid-Lindgren) versucht man, dies zu steuern.

Zum Thema zentrale Anmeldung führt er aus, dass dies zunächst ein Gedankenspiel war und er dieses nicht empfehlen kann. Für eine zentrale Anmeldung braucht man zusätzliches Personal, auch unterjährig.

Er spricht sich dafür aus, die Anmeldung an den Grundschulen so zu belassen.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, bedankt sich bei allen Akteuren für die Präsentation. Er fragt zum Speiseraum der Grundschule Karl-Marx, wie die räumlichen Voraussetzungen sind und ob es weitere Vorstellungen für die räumliche Kapazitätserweiterung gibt. Die FDP-Fraktion könnte sich bereit erklären, dieses in den Haushaltsplan aufzunehmen.

Zum Standort Oberlosa führt er aus, trotz dass dieser sehr weit von Stadtzentrum entfernt liegt, sollte man die Schule für die Kinder, die in diesem Einzugsgebiet wohnen, unbedingt erhalten. Er sieht das Problem noch nicht gelöst, da die Zahlen weiter niedrig bleiben. Um einen Mitwirkungsentzug abzuwenden, fragt er, ob es bereits Überlegungen für eine mögliche Außenstelle einer anderen Schule gibt.

Herr Bindl bittet die dargelegten Präsentationen den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses zu übersenden.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bittet die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses nochmals konkret um Unterstützung, um die Baumaßnahme Erweiterung Speiseraum, welcher fest im Haushaltsplan verankert war und jetzt durch die haushälterisch begründete Streichung wieder gestrichen wurde. Er ruft den Ausschuss auf, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Die Kosten für den Anbau betragen etwa 300.000,00 EUR, die Stadt Plauen müsste sich mit etwa 120.000,00 EUR Eigenanteil beteiligen.

Herr Zenner wird sich dafür einsetzen, dass die Deckungsmittel zur Verfügung stehen. Der Umbau des Fensters zu einer Tür sollte jedoch schneller erfolgen. Trotz mehrere Gespräche mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung, ist hier noch kein Vorankommen. Ein entsprechender Antrag könnte dies beschleunigen.

Zum Thema Oberlosa ist Herr Zenner gute Hoffnung, mit der gemeinsamen Schulanmeldung auch in Zukunft mindestens 15 Schulanfänger zu gewinnen, einfach wird das jedoch nicht.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz. Gerne unterstützt sie die Grundschule „Karl Marx“, bittet aber auch die Bedürfnisse der anderen Schule in den Anträgen zu berücksichtigen. Es sollte deshalb ihrer Ansicht nach, eine Abfrage gestartet werden.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, dass es der Wünsche in den Schulen sehr vielen gibt und diese nicht alle realisiert werden können. Eine Abfrage würde Wünsche wecken, die derzeit nicht zu finanzieren sind. Der Austausch mit allen Schulen erfolgt im Übrigen stetig.

4. Bericht zur Wohnungslosenarbeit

Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, teilt den Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschuss das Handout zum Thema aus und stellt dieses vor.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich für die Information und fragt an, was passiert, wenn jemand anruft und dringend eine Wohnung benötigt, weil der Anrufer zum Beispiel zu Hause rausgeflogen ist, wo kann der Anrufer hin.

Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, antwortet, es gibt immer ein Angebot, dafür hat die Stadt Plauen zwei Einrichtungen. Bei den Einrichtungen der privaten Träger ist es ein wenig schwieriger, hier muss erst ein Antrag gestellt werden, welcher dann geprüft wird.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte wissen, ob und wie die Personen, die aufgenommen wurden, weitervermittelt werden.

Weiter möchte Sie wissen, wie lange der maximale Aufenthalt ist und ob es in der Unterbringung eine Unterscheidung zwischen Männer und Frauen gibt. Auch fragt sie an, ob Tiere in den Einrichtungen erlaubt sind und ob es Kapazitätsprobleme aufgrund Corona und den Hygienevorschriften gab bzw. geben könnte.

Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, führt hierzu aus, dass in der Hammerstraße aktuell Familien und in der Stöckigter Straße nur männliche Personen untergebracht sind. Die Aufenthaltsdauer ist nicht begrenzt, diese könnte beliebig verlängert werden. Tiere sind nicht erlaubt, da es schon vorkam, dass diese in den Einrichtungen zurückgelassen wurden bzw. auch zur Bedrohung eingesetzt wurden.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, ob für Plauen eine Arbeitsgemeinschaft zur Vermeidung und Prävention von Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit sinnvoll wäre.

Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, er würde gern daran teilnehmen, aber dafür ist das Sozialamt zuständig.

Herr Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, bedankt sich für den Vortrag und die engagierte Arbeit.

Er möchte wissen, warum die Auslastungen der einzelnen Wohnstätten so niedrig sind und ob es auch Personen gibt, die die Unterkünfte nicht in Anspruch nehmen und auf der Parkbank bzw. unter der Brücke schlafen.

Es muss keiner unter der Brücke schlafen, sagt Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, es gibt immer ein Angebot zur Unterbringung. Es gibt natürlich auch Personen, die das Angebot nicht annehmen. Die Auslastung ist seit 1 Jahr zurückgegan-

gen, da Wohnraum in Plauen für diesen Personenkreis verfügbar ist.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, spricht seinen großen Dank an Herrn Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, aus, er ist übrigens auch Ansprechpartner für die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendarbeit, ein richtiger Sozialarbeiter, der auch sozial eingestellt ist.

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, spricht die Jugend- und Kinderarbeit in Plauen an. Aufgrund der Corona-Verordnung wurde eine komplette Schließung der Einrichtungen angeordnet. Er bittet die Stadt Plauen sich mit dem Vogtlandkreis in Verbindung zu setzen und zu prüfen, ob eine Sonderregelung Notbetreuung für besonders bedürftige Kinder möglich ist.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, nimmt dieses Anliegen, welchem ihm auch am Herzen liegt, mit und fragt konkret nach.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, fragt zur aktuellen Lage in der Seestraße. Was passiert mit den Personen, wenn sie Hausverbot bekommen und auf der Straße landen. Wie geht es dann weiter, welche Möglichkeiten gibt es.

Herr Jörg Brückner, Sozialarbeiter FB Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, es gibt immer ein Angebot, aber es muss irgendetwas passiert sein, ohne Grund wird niemand der Unterkunft verwiesen.

Frau Beatrice Parthon, sachkundige Einwohnerin, findet, dass die Endgeräte für die Schüler nicht ausreichend sind. Sie bitten die Verwaltung, den Bedarf der Grundschulen noch einmal zu prüfen und neue digitale Endgeräte zu finanzieren. Sie spricht immer wieder mit Eltern, deren Kinder nicht oder nur ungenügend am Onlineunterricht teilnehmen können.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, weiß, dass der Bedarf an digitalen Endgeräten sehr hoch ist, allerdings sind diese nicht von der Lernmittelfreiheit erfasst, das heißt die Elternhäuser müssen diese selbst finanzieren. Es gab im Jahr 2020 für jedes Kind eine Corona-Sonderleistung in Höhe von 300,00 EUR. Hierfür hätten die Eltern die benötigten Endgeräte zum Beispiel kaufen können.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bezieht sich auf die neu angeschafften Spielgeräte für Kinder im Stadtteil Neundorf. Sie bittet der Umwelt zu liebe, die Ortschaft Neundorf mit dem Vorschlag zur Anschaffung von Fallschutzmatten, eventuell durch Spenden, zu unterstützen.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, führt aus, dass er das Anliegen an die Gebäude- und Anlagenverwaltung weitergibt.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob die Verwaltung Kenntnis von einer Plauenerin und Mitarbeiterin der Mobilen Jugendarbeit haben, welche vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist. Sie klagt gegen das Sächsische Polizeigesetz.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, es ist jedem unbenommen, wenn er meint gegen das Sächsische Polizeigesetz zu klagen und vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bemängelt die nicht funktionierende An-

meldung bzw. Terminvergabe für die Corona-Schutzimpfungen. Für ältere Personen ohne Internet ist dies sehr beschwerlich. Sie bittet zu prüfen, ob eine Art Koordinator zur Unterstützung eingesetzt werden kann.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sieht es genauso, wer sich impfen lassen möchte, dem sollte der Zugang deutlich erleichtert werden. Deshalb kämpft er auch für ein Impfzentrum in der Stadt Plauen als Außenstelle. Immer mehr Bürgermeister aus dem Vogtland schließen sich diesem Wunsch an. Er ist deshalb im Kontakt mit dem Ministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Dresden.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., spricht nochmals das Thema Seniorenbeirat an. Die ehemaligen Mitglieder wurden immer noch nicht informiert, wie es weitergeht.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, sagt, dass die Problematik Seniorenbeirat sehr schwierig ist. Die Verwaltung hat mehrfach versucht, den Fraktionen deutlich zu machen, dass zur Bildung eines Seniorenbeirates entsprechende Vorschläge eingereicht und entsprechende Abstimmungen erfolgen müssen. Dies ist nicht erfolgt.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, erteilt Herrn Wild, Vogtlandanzeiger, das Rede-recht.

Herr Mario Wild, Vogtlandanzeiger, hat 4 Kinder, davon drei Schulkinder. Er bezieht sich auf den TOP 3 – Grundschulsprengel. Er findet, dass es wichtig ist, dass sich die Schulen nach außen gut darstellen. Er schlägt vor, dass die elf Grundschulen gemeinsam eine Schulbroschüre erstellen sollten, in dem sie sich in möglichst positiver Weise darstellen können, so dass die Eltern sehen, welche Vorzüge die eine oder andere Schule hat.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, nimmt dies gerne als Vorschlag auf. Er wird dies mit den elf Grundschulleiterinnen besprechen und wenn diese sagen, es ist eine gute Idee, dies auch unterstützen.

Plauen, den

Plauen, den

Herr Steffen Zenner
Bürgermeister

Frau Uta Seidel
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Annett Herrmann
Schriftführer

Herr Mario Dieke
Stadtrat